

3. Februar 2011/JB



## Haushaltsrede 2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Gäste,

**Februar 2011: Castrop-Rauxel ist überschuldet!!!**

Die Logik, dass beim Personal, bei der Bildung oder bei den Kommunen gekürzt werden müsse, damit wieder alles besser wird, hat ausgedient!

In den letzten Wochen war in der Presse zu lesen, dass wir da alleine nie wieder herauskommen.

Wir haben in NRW, wie in anderen Bundesländern auch, seit Jahren unterfinanzierte Haushalte. Die Ausgaben bleiben in allen Politikfeldern hinter dem Notwendigen zurück.

Deutschland ist Weltmeister bei der Kürzung der Staatsausgaben und Weltmeister bei der Entlastung von Reichen und Vermögenden.

**Die wirtschaftlich begründete Spaltung der Gesellschaft nimmt zu und vertieft die Gegensätze.** Diejenigen, die sich Leistungsträger zu nennen belieben, verabschieden sich zunehmend vom Gemeinwohl.

**Vorurteile, Abwertung und Ausgrenzung sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen!**

Während des Landtagswahlkampfes hatten die neuen Regierungsparteien doch ein Signal ins Land geschickt. Die Zeit der Kürzungsprozesse ist vorbei!

Nachhaltige Investitionen in Bildung und die Entschuldung der Kommunen sind wichtiger als kurzfristig ausgeglichene Haushalte! Unsere Landesregierung muss gegen die strukturelle Unterfinanzierung durch den Bund klagen.

**Wir können nicht auf einen möglichen Regierungswechsel in 2013 in Berlin warten. Castrop-Rauxel ist heute überschuldet!**

DIE LINKE unterstützt keine Kürzungshaushalte. Stellenabbau und Sozialabbau sind mit uns nicht zu machen.

Wir unterstützen die Vorschläge und Forderungen des Personalrates. Wir sagen auch gleichzeitig mit ihm, den Gürtel enger zu schnallen führte bisher zu keinem Ergebnis.

**Einschränkungen sind an der Basis nicht mehr hinnehmbar!**

## DIE LINKE fordert eine aufgabengerechte finanzielle Ausstattung der Kommunen!

Castrop-Rauxel trägt am 31.12.2010 Kassenkredite in Höhe von 159.144.000 EURO. Wir zahlen für Liquiditätskredite Zinsen in Höhe von 4.200.000 EURO, die Zinsen für Investitionskredite betragen 2.333.403 EURO.

Zwischen 1992 – 2007 sind die Kassenkreditschulden in NRW regelrecht explodiert. Sie sind von 212 Millionen auf 13,7 Milliarden angewachsen, also um das 65fache gestiegen!

Bei den höchsten ordentlichen Defiziten nimmt Castrop-Rauxel in 2007 den 17. Platz NRW weit ein, mit einem Defizit von 293 EURO pro Einwohner.

Die höhere soziale Belastung der Gemeinden bedingt die Höhe der Kassenkreditschulden. Die Schulden der Gemeinden können zum größten Teil auf exogene, also von kommunaler Seite nicht beeinflussbarer Faktoren zurückgeführt werden.

Das kann man alles im aktuellen „ Kommunalen Finanz- und Schuldenreport“ der Bertelsmann Stiftung nachlesen.

Die Senkung von Einkommens- und Körperschaftssteuer kam Beziehern von hohem Einkommen sowie finanzkräftigen Unternehmen zugute. Die Folge waren Einnahmeausfälle von bis zu drei Milliarden EURO pro Jahr bei den Kommunen.

Die Konjunkturpakete, sowie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ergeben zusätzliche Einnahmedefizite der Kommunen in Höhe von 8 Milliarden EURO pro Jahr.

Ausfälle durch die seit 1997 nicht mehr erhobene Vermögenssteuer, die als Landessteuer über den kommunalen Finanzausgleich wesentlich auch den Kommunen zugute kam, sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Steuergeschenke an Reiche und finanzkräftige Unternehmen reißen seit Jahren riesige Löcher in die Haushalte der Kommunen.

Die Zahl der Vollbeschäftigten in den Kommunen hat sich von 1,6 Millionen (1991) auf 760.000 mehr als halbiert. Der Beschäftigungsabbau im Öffentlichen Dienst der Kommunen war damit nachhaltiger als der im gesamten Öffentlichen Dienst.

Das steigende Ausgabenbudget für Erwerbslose, Aufstocker, Behinderte, arme Alte und Kinder schränkt den Handlungsspielraum der Kommunen weiter ein.

Der Umbau der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer würde Mehreinnahmen pro Jahr in Höhe von 4 Milliarden EURO einbringen. Für Städte und Gemeinden kämen nochmals 8 Milliarden EURO jährlich hinzu.

Die am stärksten verschuldeten und unter hoher Arbeitslosigkeit leidenden Kommunen brauchen zusätzlich einen Rettungsfonds zur Entschuldung, der ihre Handlungsfähigkeit wieder herstellt.

Außerdem muss der Bund die steigenden Sozialausgaben der Kommunen gewährleisten.

Alles nachzulesen in den wirtschaftlichen Informationen des Ver.di Bundesvorstandes, Bereich Wirtschaftspolitik, vom 1. Januar 2011.

Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes sagt: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

DIE LINKE fordert heute und auch zukünftig die Einhaltung des Sozialstaatsprinzips unserer Verfassung!

Mit Steuern und Abgaben wie in Frankreich wären die Einnahmen von Bund, Land und Gemeinden in Deutschland um 150 Milliarden höher.

DIE LINKE kann unter diesen Bedingungen dem Haushalt nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Angelika Aimene-Wiegold  
Fraktionsvorsitzende